

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Maneka Gandhi neue Vorsitzende der 'Rugmark-Foundation'

Am 9. Juli ernannte der Vorstand der 'Rugmark-Foundation' Frau Maneka Gandhi zur neuen Vorsitzenden. Frau Gandhi war früher indische Umweltministerin und ist bekannt für ihr starkes umwelt- und sozialpolitisches Engagement. Der bisherige Vorsitzende Dr. Dietrich Kobschull ('Indo German Export Promotion'; IGEP) wird der 'Rugmark-Foundation' weiterhin als Berater zur Verfügung stehen. Mit diesem Vorstandswechsel reagierte die 'Rugmark-Foundation' auf den beständig von Teilen der indischen Regierung und der Teppichbranche vorgetragenen Vorwurf, die Warenzeichen-Initiative stelle eine unzulässige ausländische Einmischung in innerindische Angelegenheiten dar. Daß jetzt also mit Frau Gandhi eine prominente indische Politikerin als Vorsitzende gewonnen werden konnte, dürfte die 'Rugmark-Foundation' deutlich stärken, ist sie doch jetzt eine 'wirklich indische Organisation', wie es in einer Presseerklärung hieß.

Außerdem hat Bernd Merzenich IGEP Ende Juni 1995 verlassen und damit auch seine Mitarbeit in der Warenzeichen-Initiative eingestellt. Merzenich hatte in den letzten Jah-

ren einen erheblichen Teil seiner Arbeitszeit in den Aufbau der 'Rugmark-Foundation' investiert. Mit seinem Ausscheiden ist daher die personelle Unterstützung der 'Rugmark-Foundation' durch das deutsch-indische Gemeinschaftsprojekt IGEP und insbesondere durch deutsche IGEP-Mitarbeiter weiter deutlich abgebaut worden - ein weiteres Zeichen dafür, daß die Rugmark-Foundation keinesfalls eine ausländisch beherrschte Gesellschaft ist.

Unbeschadet des Rückzuges von IGEP konnte die 'Rugmark-Foundation' in den letzten Monaten strukturell gestärkt werden: Äußeres Zeichen hierfür ist zunächst die Eröffnung eines eigenen, von IGEP unabhängigen Büros in New Delhi im Juni 1995. Außerdem wurde zum 1. Juli ein 'Koordinator im Teppichgürtel' mit vorläufigem Sitz in Mirzapur eingestellt (der endgültige Sitz wird voraussichtlich Varanasi sein). Schließlich sollen zusätzlich zu dem seit Frühjahr 1995 angestellten Geschäftsführer Rakesh Sharma und den bisherigen fünf Inspektoren ein Managing Director und Hilfskräfte für das Büro in Delhi eingestellt werden. Falls aufgrund wachsender Nachfrage erforderlich, kann die Zahl der Inspektoren in den nächsten Monaten verdreifacht

werden.

In besonderer Weise dürfte die 'Rugmark-Foundation' durch die Beauftragung einer unabhängigen Expertengruppe mit der Schulung der Inspektoren und der ständigen Verbesserung der Kontrollen gestärkt worden sein: Im Juni dieses Jahres wurde dem Institut 'Research and Information Services for Collective Bargaining' (RISCB) die Aufgabe übertragen, die Kontrollen von Knüpfstühlen und das gesamte Zertifizierungssystem kritisch zu prüfen mit dem Ziel einer beständigen Verbesserung derselben. Außerdem hat RISCB im Juli ein vierwöchiges Trainingsprogramm für die Inspektoren begonnen. Auf diese Weise sollen Schwachstellen und Fehler, die bei einem Projekt, das Neuland betritt, unvermeidbar sind, minimiert werden.

Schließlich ist mittlerweile auch sichergestellt, daß die freiwillige einprozentige Abgabe für flankierende Ausbildungs-, Rehabilitations- und weitere Sozialprogramme im Teppichgürtel und in den Herkunftsgeländen der Teppichkinder von den deutschen Importeuren vierteljährlich über UNICEF Deutschland (über das laufende UNICEF-Konto bei der Sparkasse Köln) abgeführt werden kann.

Kashmiri Pandits feiern BJP-Spitzenpolitiker

Die Eskalation der Gewalt in Jammu und Kashmir, die medienwirksamen Entführungen ausländischer Touristen sowie die grausamen Bombenanschläge in der Winterhauptstadt Jammu des nordwestlichen Bundesstaates Jammu und Kashmir lassen das Schicksal der etwa 300.000 kashmirischen Pandits in Vergessenheit geraten. Als Flüchtlinge im eigenen Land und Opfer einer 1990 begonnenen "ethnischen Säuberung" durch moslemische Gruppierungen mit unbeschreiblichen Grausamkeiten vegetieren sie in verschiedenen Camps in Jammu, Delhi und anderen indischen Orten. Die 'Bharatiya Janata Party' (BJP) nimmt sich dieser Gemeinschaft von überwiegend Oberkasten-Hindus werbewirksam an. Die BJP geführten Landesregierungen von Rajasthan, Gujarat und New Delhi sowie die Koalitionsregierung 'Shiv Sena'/BJP in Maharashtra stellen den jungen Kashmiris Studien- und Arbeitsplätze zur Verfügung. Nach Angaben des 'Jammu and Kashmir Sangam' erhielten mehr als zweihundert kashmirische Lehrer Stellen in Delhi. Maharashtra und Delhi reservierten jeweils einen Studienplatz pro Disziplin in ihren technischen Ausbildungsstätten. In Maharashtra sind dies fast eintausend und in Delhi mehr als 200 Studienplätze. Die Regierungen von Gujarat und Rajasthan stellen kashmirischen Studenten medizinische Ausbildungsplätze zur Verfügung. Rajasthan gewährt Aufenthaltsrechte für junge kashmirische Flüchtlinge, die an berufsbildenden Institutionen lernen wollen.

In einer beeindruckenden Veranstaltung am 23. Juli diesen Jahres huldigten Sprecherorganisationen der Kashmiri Pandits der BJP. In Anwesenheit der Ministerpräsidenten Bhairon Shekhawat (Rajasthan), Keshubhai Patel (Gujarat), Madan Lal Khurana (New Delhi) sowie von Ministern der Landesregierung Maharashtras beklagten sie die Inaktivitäten der Zentralregierung und anderer Landesregierungen. Nach dem Motto "andere haben uns aufgegeben" ließen sich die ca. 1.000 Zuhörer von der Parole "das Reich ist eins, wir sind eins", begleitet vom rhythmischen Klatschen von RSS-Kadern hinreißen. Die BJP wird das brutale Schicksal der kashmirischen Hindus zu einem ihrer zentralen Themen - im Zeichen des aggressiven Hindu-Nationalismus - bei den bevorstehenden Unterhauswahlen machen (siehe auch Artikel 'Krise in Kashmir') Klaus Voll

Nach den Anlaufschwierigkeiten in den ersten Monaten des Jahres wächst jetzt die Zahl der 'Rugmark'-Lizenznehmer beständig: Bis Mitte Juli 1995 haben etwa 40 Unternehmen die 'Rugmark'-Lizenz erhalten, die Lizenzanträge von rund 30 weiteren Unternehmen werden zur Zeit überprüft und neue Lizenzanträge gehen ständig ein. Vor diesem Hintergrund geht die 'Rugmark-Foundation' davon aus, daß es Ende 1995 zwischen 100 und 120 Lizenznehmer geben wird.

Diese Entwicklung ließ folgerichtig die Anzahl der Teppiche mit dem Warenzeichen deutlich ansteigen. Bisher sind rund 60.000 Teppiche mit der 'Rugmark' nach Deutschland verschifft worden. Wird sich diese Entwicklung fortsetzen - was zu erwarten ist - dürften endlich ab Herbst 'Rugmark'-Teppiche in nennenswerter Zahl in Deutschland erhältlich sein. (Aktionsbrief Teppichknüpfer)

Internationale Konkurrenz für den legendären 'Ambassador'

Die Liberalisierung der indischen Wirtschaft wird in zunehmendem Maße auch auf dem Automarkt des Subkontinentes sichtbar. Mindestens sieben internationale Automobilkonzerne wollen in den näch-

sten zweieinhalb Jahren mit der Fahrzeugproduktion beginnen. Indiens große und relativ schnell wachsende Bevölkerung mit einer kaufkräftigen Mittelschicht hat in diesen Unternehmen die Hoffnung auf einen nahezu grenzenlosen Markt geweckt, der enorme Gewinne verspricht. Autoverkäufe stiegen im vergangenen Jahr um mehr als 20 Prozent auf über 315.000; Käufer müssen bis zu neun Monate auf ein neues Auto warten.

General Motors, Ford, Peugeot, die Mercedes-Benz AG, Daewo, Volkswagen und Honda beabsichtigen in Form von Joint Ventures, diesen Markt zu erobern. Ganz im Geiste der vor vier Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen, bedeutet dies eine völlige Abkehr von bisherigen indischen Gepflogenheiten ausländischen Autoproduzenten gegenüber. Nach Erlangung der Unabhängigkeit 1947 verfolgte Indien eine protektionistische Wirtschaftspolitik, die alle ausländischen Produzenten vom indischen Markt ausschloß. Eine erste leichte Änderung dieser Politik wurde 1983 vorgenommen, als der Staat in einem Joint Venture mit Suzuki (Maruti Udyog Ltd.) den Maruti zu produzieren begann, der sich inzwischen zum meistverkauften Auto

Indiens entwickelt hat. Im Finanzjahr 1994 betrug sein Marktanteil über 65 Prozent.

Nach der Öffnung des indischen Marktes wird zum Beispiel Hindustan Motors Ltd. in Zusammenarbeit mit General Motors ab Januar 1996 den Opel Astra produzieren. Für den Anfang sollen jährlich 30.000 Autos dieses Typs produziert werden, später soll die Produktion dann auf 100.000 erhöht werden. Indien gilt bei internationalen Autoproduzenten angesichts zunehmender Konkurrenz und steigender Löhne in Südostasien als ein vielversprechender Standort für die nähere Zukunft. So denkt der koreanische Daewo-Konzern daran, von Indien aus europäische und südostasiatische Märkte zu beliefern.

Doch die Öffnung des indischen Marktes ist nur halbherzig. Werden die Autos in Indien nur zusammengebaut, die Einzelteile jedoch importiert, sehen sich die Hersteller Einfuhrzöllen von 25 bis 30 Prozent gegenüber. Schon jetzt lagern im Hafen von Bombay "Autobausätze", die vom Zoll so lange nicht freigegeben werden, bis die betreffenden Autohersteller 50 Prozent Zollabgaben plus weitere 60 Prozent Ausgleichsabgaben zahlen.

(siehe auch Beiträge von Bernd Basting und Rüdiger Neitzel in diesem Heft)



(aus: 'Times of India')

Umstrittenes Trinkwasserprojekt in Tamil Nadu

Mitte Juni trafen sich in Madras, der Hauptstadt des Bundesstaates Tamil Nadu, Bauern, Wissenschaftler, Ingenieure, Umweltschützer, Sozialarbeiter und Nichtregierungsorganisationen, um die Vor- und Nachteile eines Trinkwassergroßprojektes zu diskutieren, das die Weltbank möglicherweise mit einem Kredit von 280 Millionen Dollar unterstützen wird. Diskutiert wurden bei dem Treffen vor allem Fragen, bei denen es um die Beteiligung der Bauern und anderer Betroffener bei der Projektplanung geht, um Kosten-Nutzen-Analysen und technische Einzelheiten des Projektes und Möglichkeiten alternativer technischer

Ansätze, die Trinkwasserversorgung für Madras zu verbessern. Bei dem diskutierten Projekt handelt es sich um das sogenannte "Neue Veeranam Projekt". Um die Trinkwasserknappheit in Madras zu lindern, soll aus dem 220 Kilometer entfernten Veeranam-See über eine Pipeline Wasser nach Madras gepumpt werden. Während sich alle Teilnehmer darüber einig waren, daß die Trinkwassersituation in Madras dringend einer Verbesserung bedürfe, gab es zahlreiche Kritikpunkte. Vor allem die anwesenden Landwirte befürchteten, die Wasserentnahme aus dem See könne zu einer Verschlechterung der Bewässerungsmöglichkeiten ihrer Nutzflächen in der Nähe des Sees führen. Zur Zeit werden über den Veeranam-See etwa 45.000 Hektar Land bewässert. Beklagt wurde die Geheimniskrämerie der Regierung Tamil Nadus, die es verhindere, daß die Bürger genaue Informationen über Projekthalte und -durchführung erhielten.

So wurde zum Beispiel darauf hingewiesen, daß der See vor allem vom Cauvery-Fluß gespeist würde und zu der Jahreszeit, in der das Trinkwasser in Madras am knappsten sei, kaum Wasser führe. Ingenieure schlugen Alternativen vor, die vor allem auf ein südindisches Wasserversorgungsnetz abzielten, an dem sich Orissa, Andhra Pradesh und Tamil Nadu beteiligten.

In einem solchen Projekt könnten über Kanäle der Mahanadi-Fluß in Orissa mit den Flüssen Godavari und Krishna in Andhra Pradesh sowie Pennar und Cauvery in Tamil Nadu und Karnataka miteinander vernetzt werden. Damit könnten jährlich 15.000 Megawatt Energie eingespart und die Trinkwasserversorgung Madras auch im Sommer gesichert werden. Auch sei es möglich, die 30 Kilometer von Madras entfernte Pulicat-Lagune zur Trinkwasserversorgung zu nutzen. Das salzige Brackwasser der Lagune könne leicht zu Trinkwasser aufbereitet werden - ein solches Projekt wäre wesentlich kostengünstiger.

Die Teilnehmer des Seminars fordern die Landesregierung Tamil Nadus und die Weltbank auf, Betroffene stärker in die Projektplanung einzubeziehen und für die Diskussion von Alternativen offen zu sein.

Kontroverse um 'Cauvery'-Wasser

Der verspätete Monsunbeginn in diesem Jahr gab Anlaß zu einem

erneuten Aufflackern der Kontroverse um das Wasser des Cauvery zwischen den Bundesstaaten Karnataka und Tamil Nadu. Karnataka hat bisher die vom 'Cauvery Water Dispute Tribunal' festgelegte Menge Wasser, die Tamil Nadu erhalten soll, nicht freigegeben. In Tamil Nadu warten die Bauern auf dieses Wasser, um mit der Aussaat beginnen zu können. Sie fangen an, Druck auf 'Chief'-Ministerin Jayalalitha auszuüben, um Karnataka zu der Freigabe des Wassers zu bewegen. Doch im Landwirtschaftsministerium Karnatakas ist man mehr um den Zuckerrohr- und Reisanbau im eigenen Staat besorgt. Im Mandya-Distrikt droht schon ein großer Teil der Ernte durch die anhaltende Trockenheit vernichtet zu werden. Eine politische Lösung des Streits zwischen Tamil Nadu und Karnataka ist zur Zeit nicht absehbar, da beide Landesregierungen durch Verhandlungen über dieses brisante Thema ihre politische Allianz gegen die in Delhi regierende 'Congress'-Partei nicht gefährden wollen. Karnatakas Ministerpräsident Deve Gowda hat Jayalalitha offenbar versprochen, sie dabei zu unterstützen, daß ihre AIADMK Mitglied der 'Nationalen Front' wird, die auf nationaler Ebene als ernsthafter Herausforderer der 'Congress'-Partei gilt. Die Landwirte in den beiden Bundesstaaten können so wohl nur auf eine natürliche Lösung des Problems durch einen guten Monsun hoffen.

Anlaß zur Hoffnung im Streit um Gangeswasser?

Die Ergebnisse der Gespräche, die der indische Außenminister Ende Juni in Dhaka führte, bedeuten alles andere als einen Durchbruch hinsichtlich einer Lösung des langjährigen Streits zwischen Indien und Bangladesh um das Gangeswasser. Doch die hierbei getroffenen Vereinbarungen geben Anlaß zu Hoffnung auf eine Entspannung des Disputs. So wurde unter anderem die 'Joint Rivers Commission' wieder eingesetzt, die von den Ministern für Wasserressourcen der beiden Länder geleitet wird. Die Kommission war ursprünglich schon 1972 eingesetzt worden, um beiden Ländern, die sich das Wasser von mehr als 50 Flüssen teilen, eine Kommunikationsplattform zu bieten, auf der gemeinsame Nutzungsstrategien für diese Gewässer entwickelt werden sollen.

Noch wichtiger ist wohl die

Entscheidung, den Wasserabfluß aus dem indischen Farraka-Damm nahe der Grenze zu Bangladesh während der Trockenzeit gemeinsam zu überwachen. Hierzu sollen auf dem 15 Kilometer langen Flußabschnitt zwischen Farakka und Harding vier gemeinsame Meßpunkte eingerichtet werden. Bisher gab es aus beiden Ländern völlig unterschiedliche Angaben über die Wassermenge, die aus Farraka abfließt und darüber, wieviel davon in Bangladesh ankommt.

Doch nicht alle Kommentare äußern sich über diese Vereinbarung positiv. Für den Herausgeber des 'Financial Express' in Dhaka hat es bei diesen Gesprächen keine nennenswerten Fortschritte gegeben, und auch für das indische 'Sunday'-Magazin, Kalkutta, ist noch keine

Neue Diaserie zu Indien

Faszination Indien: Das pulsierende Leben in den Millionenstädten Bombay und Neu Delhi, der Sonnenuntergang am Taj Mahal, die Wüste Rajasthans, die friedliche Revolution des Mahatma Ghandi, der Palast der Winde. Der Fotograf Andreas Pröve ist auf seiner Reise durch den Subkontinent faszinierenden Menschen begegnet: ihre Geschichte fügt sich zu einem facettenreichen und oft widersprüchlichen Bild Indiens. Andreas Pröve zeigt Pracht und Anmut Indiens ebenso wie Elend, Armut und Ausbeutung. Zu sehen sind das Fest der Sadhus und eine indische Hochzeit, aber auch die Unberührbaren, die Straßenkinder Bombays und die Kinderarbeiter in den Teppichmanufakturen. Der Blick hinter die Kulissen wurde möglich durch die enge Zusammenarbeit mit Projektpartnern des Kinderhilfswerkes terre des hommes. Seit 25 Jahren unterstützt terre des hommes indische Organisationen, die sich für ausgebeutete und verlassene Kinder einsetzen. terre des hommes möchte mit der Schau über Indien informieren. Mit Hilfe von vier computergesteuerten Projektoren entsteht eine audiovisuelle Komposition, die mehr ist als ein Diavortrag und nicht die Eile eines Filmes hat. So bleibt den Zuschauern die Zeit, in traumhaften Landschaften zu verweilen und interessante persönliche Begegnungen mitzerleben. Die Schau dauert 70 Minuten und kann bei terre des hommes gebucht werden. Informationen und Terminvergabe bei Bärbel Baum, Tel. 0541-7101168.

Lösung des Disputs um das Gangeswasser in Sicht.

Neues Dalitbündnis

Anfang Mai konstituierte sich in Delhi ein neues Bündnis von Intellektuellen, die zu den 'Scheduled Castes', 'Scheduled Tribes', 'anderen rückständigen Gruppen' (OBC) und Minderheiten gehören. Dieses 'Dalitbahujan-Bündnis' ist das erste seiner Art in Indien. An der Konferenz, in deren Verlauf das Bündnis gegründet wurde, nahmen über 150 Schriftsteller, Aktivisten, Universitätslehrer und andere Akademiker teil, um alternative soziale, wirtschaftliche und politische Ansätze und Strategien für eine 'Dalitbahujan'-Bewegung zu diskutieren. Sie berufen sich auf die transformatorischen Ideen und Modelle einer 'Demokratischen Dalit Revolution', die Ambedkar in seinem "Staaten und Minderheiten" entworfen hat und die in einer kasten- und klassenlosen Gesellschaft münden, die auf dem buddhistischen 'sangha' basiert. Als einen wichtigen ersten Schritt hierzu sieht die Konferenz eine drastische Restrukturierung der Landreformgesetze, die es Dalitbahujanfamilien ermöglicht, Land und damit Produktionsmittel zu erwerben. Darüber hinaus sollen auch in der Privatwirtschaft Quotensysteme für Angehörige der Dalitbahujan eingeführt werden, um ihre ökonomischen Partizipationsmöglichkeiten auszuweiten. Das neue 'Dalitbahujan Intellectual Forum of India' (DIFI) hat sich zur Aufgabe gesetzt, die vorherrschende brahmanische Ideologie, die die Gesellschaft in Kasten einteilt, zu bekämpfen. So wurde

der Name Dalitbahujan bewußt gewählt, um die Einheit aller unterdrückten und marginalisierten Gruppen in Indien zu betonen, die durch die brahmanische Denkweise bisher genauso in Kasten gegliedert war wie die übrige Gesellschaft. Es geht um die Einheit aller Dalits - ob sie nun den 'Unberührbaren', den 'Tribals' oder anderen niedrigeren Gesellschaftsgruppen angehören.

Schulfach 'Menschenrechte'

Die zunehmende Diskussion um Menschenrechtsverletzungen in Indien und der Druck, der in diesem Zusammenhang auch international auf Indien ausgeübt wird, scheint Wirkung zu zeigen. Nach der Einrichtung der 'Nationalen Menschenrechtskommission' soll das Thema 'Menschenrechte' inzwischen auch zum Ausbildungsprogramm von Armee- und anderen Sicherheitseinheiten gemacht werden, und es gibt erste Vorschläge, 'Menschenrechte' auch im Schulunterricht zu verankern. Das 'National Council for Educational Research and Training' (NCERT) hat hierzu einen Vorschlag unterbreitet, der Richtlinien für die Integration des Themas in den Schulunterricht vorstellt. So sollten nach Auffassung des NCERT Menschenrechte in bereits bestehende Fächer und Ausbildungskurse wie Umwelterziehung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Sprachen in der Grundschule aufgenommen werden. Für Schüler höherer Jahrgangsklassen solle ein Pflichtfach Menschenrechte eingeführt werden, in dem Themen wie internationale Menschenrechtskonventionen, Kinderarbeit und Stellung der Frau, Kommunalismus und

Kastensystem behandelt werden.

Minderheiten-Kommission aufgelöst

Die 'Shiv Sena'/'Bharatiya Janata Party'-Regierung in Maharashtra hat die 'Minorities Commission' des Staates aufgelöst. Ihr Argument ist, daß eine solche Institution die gesellschaftlichen Gräben vor allem zwischen Moslems und Hindus nur vertieft, anstatt zu einer gesellschaftlichen Integration zu führen. Die Regierung unter Manohar Joshi hält eine Minderheitenkommission für überflüssig, da man Übergriffe, Gewalttätigkeiten und Ausschreitungen gegen Minderheiten unter allgemeine Menschenrechtsverletzungen subsumieren könne.

Die bisherige Arbeit der Kommission zeigt, daß ihre Auflösung für die Minderheiten in Maharashtra keinen großen Unterschied macht. Prüfungsvorbereitung für Studenten aus Minderheitengruppen, Hilfskredite für die Opfer der Gewalttätigkeiten in Bombay und ähnliche Aktivitäten werden von kleinen NGOs und Aktionsgruppen sicherlich besser und effizienter umgesetzt. Auch hätte die Regierung die Arbeit der Kommission so erschweren können, daß sie völlig wirkungslos gewesen wäre. Die Auflösung der Kommission verdeutlicht die ideologische Grundhaltung des 'Shiv Sena'/BJP-Bündnisses, die jede Art von positiver Diskriminierung von Minderheiten, wie sie in der indischen Verfassung vorgesehen ist, ablehnt.

Gleichzeitig versucht die Regierung jedoch ein minderheitenfreundliches und volksnahes Image aufzubauen, indem sie zum Beispiel das Enronprojekt noch einmal prüfen läßt (siehe dazu 'Südasiens', 4-5/95) oder neue Finanzmittel für Entwicklungsprogramme an die Verwaltungen "unterentwickelter Regionen" überweist. Mit ihren Reaktionen auf die 'Gowari'-Tragödie ('Südasiens', 1-2/95) oder auf die steigende Zahl von Hungertoten in einigen Regionen Maharashtras vermittelt sie auch benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen und Minderheiten ein Bild, das sich positiv von dem der alten 'Congress'-Regierung abhebt.

Für progressive, säkulare Kräfte, die versuchen, der hindu-chauvinistischen Ideologie von 'Shiv Sena' und BJP entgegenzuwirken, ist es so zunächst schwieriger geworden, Minderheiten von der langfristigen Gefährlichkeit dieser Ideologie und deren Umsetzung im politischen Alltag zu überzeugen.

Indische Botschaft in Bonn zur Berichterstattung über den Tehri Dam in 'Südasiens', 4-5/95

"We have gone through with interest issue No. 4-5/95 of Südasiens, which has a number of articles on India and its environment. With regard to the report on the Tehri Dam controversy and the various objections by Mr. Sundarlal Bahuguna to that project, unfortunately, we find that you have only mentioned the arguments against building the dam. Enclosed please find a note prepared by our Ministry of Power, stating the government's views with regard to this project and providing explanation as to why Mr. Bahuguna's objections are not acceptable and as to why the Tehri Project is being maintained for the greater benefit of the people. We hope you would find this note useful in your study of this issue and that in one of your subsequent issues, the governments's point of view is also adequately reflected". (Debnath Shaw, First Secretary)

Anm.d.Red.: Wir werden in einer der nächsten Ausgaben auf den Report des indischen Energieministeriums zurückkommen. Allen Lesern, die dies nicht erwarten können, übersenden wir gegen Einsendung von DM 3,- in Briefmarken gerne den Bericht des indischen Energieministeriums auch schon vorab.

Betrügerische NGOs

Die Gründung von Nichtregierungsorganisationen und Aktionsgruppen wird in Indien immer mehr zu einer beliebten Einkommensquelle unseriöser Geschäftemacher. Das 'Council for Advancement of People's Action and Rural Advancement' (CAPART) hat eine 'Schwarze Liste' von über 560 NGOs veröffentlicht, die in finanzielle Betrübereien verwickelt sind und Hilfgelder veruntreuen. CAPART ist eine Institution, die zwar vom indischen Landwirtschaftsministerium finanziert wird, dennoch als unabhängig gilt. Ihr Ziel ist es, Aktionsgruppen zu unterstützen und zu fördern, die sich für die Verbesserung der ländlichen Lebenssituation einsetzen. CAPART unterstützte im vergangenen Jahr mit einem Gesamtetat von über 2 Milliarden Rupien mehr als 7.500 NGOs. Bei der Überprüfung der Bücher von etwa 2.000 NGOs wurden finanzielle Ungereimtheiten in einer Höhe von 15 crores Rupien aufgedeckt. Uttar Pradesh führt die Liste mit 122 Fällen an, aus Andhra Pradesh werden 78 Fälle aufgelistet.

Die von CAPART genannten NGOs verfügen in der Regel über recht kleine Budgets und erhalten zur Förderung von Kleinprojekten Unterstützung von 15.000 bis 20.000 Rupien jährlich. Selbst die größten von ihnen erhalten weniger als 500.000 Rupien pro Jahr. Ein typisches Beispiel für die Vorge-

hensweise solcher 'NGOs' ist die 'Guru Gobind Singh Mahila Samiti', die angeblich in ländlichen Gebieten Beschäftigungsprogramme für Frauen anbietet - doch die von der NGO angegebene Adresse stellte sich als falsch heraus, und bisher sind alle Versuche CAPARTs gescheitert, die NGO tatsächlich aufzuspüren. Nach CAPART gibt es mindestens 300 solcher Phantom-NGOs. NGOs wie die 'Samajik Shaikshanik Vikas Kendra' in Bihar, 'verkauften' ein einziges Projekt bis zu sechsmal, um von verschiedensten Hilfsagenturen Gelder zu bekommen.

Doch mit der Veröffentlichung der 'Schwarzen Liste' wurde auch Kritik an CAPART selbst laut. "Es ist allgemein bekannt, daß CAPART von Mittelsmännern mißbraucht wird, die bis zu 30 Prozent der Projektgelder in die eigene Tasche umleiten," bemerkt ein Sprecher des 'Voluntary Action Network India'. Und auch P.N. Tripathi, der Generalsekretär der 'Association of Voluntary Agencies for Rural Development' (AVARD) bestätigt die Korruptionsvorwürfe gegen CAPART: "CAPART ist bekannt für seine Verbindungen mit korrupten Politikern und NGOs."

Tripathy und andere seriöse NGO-Vertreter weisen auf die mangelhafte Überprüfung und Überwachung von NGO-Aktivitäten durch CAPART hin.

CAPART verteidigt sich damit, daß sie einfach über zu wenig Mitarbeiter verfüge, um ein effektives

Monitoring von über 7.500 NGOs in ganz Indien zu gewährleisten. CAPART hat etwa 150 Mitarbeiter, von denen ein großer Teil für Evaluierungs- und Monitoringaufgaben nur unzureichend ausgebildet ist. Geplant ist nun die Einrichtung von sechs Regionalbüros, um lokalen NGOs auch räumlich näher zu sein.

Doch es gibt aus der indischen NGO-Szene auch selbstkritische Stimmen, die zugeben, daß es unter ihnen schwarze Schafe gibt. Diese seien es, die mit ihren Aktivitäten die vielen seriösen NGOs in Indien in Mißkredit brächten.

Satellitenkanal für CNN

Mit dem Abschluß einer Vereinbarung zwischen dem staatlichen indischen Fernsehen 'Doordashan' und dem US-amerikanischen Nachrichtensender CNN hat Indien einen weiteren konsequenten Schritt auf dem Weg seiner Globalisierung getan. Der Vertrag erlaubt 'Doordashan', Kapazitäten des indischen Satelliten Insat-2B für 1,5 Millionen Dollar im Jahr an CNN zu vermieten. Werbeeinnahmen, die 1,5 Millionen Dollar überschreiten, werden von beiden Vertragspartnern geteilt. CNN ist damit der erste private Fernsehsender, der Zugang zu einem indischen Satelliten erhält. Damit erreicht der von CNN geplante 24-stündige Nachrichtenkanal etwa 16 Millionen Haushalte in Indien und fünf weitere Millionen im übrigen Südasien.

Nagas bekräftigen Unabhängigkeitsforderung

Im Rahmen einer Europareise warben die beiden Führer des 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN), Th. Muivah und Isak Chish Swu bei Politikern und Menschenrechtlern um internationale Unterstützung für den Freiheitskampf der Nagas gegen Indien. Sie fordern die Anerkennung der Souveränität der Nagas und der Unrechtmäßigkeit der Besetzung Nagalands durch indische und burmesische Truppen. Nach Informationen Muivahs und Swus sind im indischen Teil Nagaland über 250.000 Soldaten und andere Sicherheitskräfte stationiert, die unter Mißachtung der grundlegendsten Menschenrechte verhindern sollen, daß Nagaland sich von Indien abspaltet und unabhängig wird.

Nach dem Geschichtsverständnis der Nagas hat Indien niemals einen Anspruch auf ihr Territorium erworben. Die Briten hatten mit ihren Versuchen, die Naga-Siedlungsgebiete zu kolonisieren nur sehr bedingt Erfolg und schafften es erst 1881, einen Teil dieses Landes in den Status eines 'Britischen Distrikts' zu erheben, dessen administratives Zentrum Kohima wurde. Nach den Empfehlungen der sogenannten 'Simon Kommission', die im Januar 1929 Kohima besuchte, wurde der 'Naga Hills District' im 'Government of India Act' von 1935 als 'Excluded Area' definiert, in dem weder Bundesgesetze noch die Gesetzgebung Assams Gültigkeit haben sollten. Vor allem aus dieser rechtlichen Definition leiten die Nagas ihren An-

spruch auf Unabhängigkeit ab und weisen Indiens Interpretation, Nagaland sei ihnen von den britischen Kolonialherren vererbt worden, zurück. Im Juni 1947 unterzeichneten der 'Nationalrat der Nagas' ('Naga National Council' - NNC) und der Gouverneur von Assam, Sir Akbar Hydari, das sogenannte Neun-Punkte Abkommen, das den Nagas garantierte, zehn Jahre lang ihre Geschicke selbst bestimmen zu können. Nach Ablauf dieser zehn Jahre sollten sie dann in einer Volksabstimmung über ihren Beitritt zu Indien entscheiden können. Trotz dieser Vereinbarung, die Hydari im Namen der verfassunggebenden Versammlung Indiens unterzeichnet hat, wurde Nagaland in den Geltungsbereich der Verfassung des unabhängigen Indiens aufgenommen.